

# Die extreme Rechte und ihre Okkupation des christlichen Abendlandes

## Einblicke in extrem rechte Manipulationsstrategien

VON SONJA ANGELIKA STRUBE

*Als „rechts“ bezeichnet die Forschung politische Ideologien dann, wenn diese von einer grundlegenden Ungleichwertigkeit unterschiedlicher Menschen und Menschengruppen ausgehen. Rechte politische Strömungen stehen somit der christlichen Grundüberzeugung von der Gottebenbildlichkeit eines jeden Menschen diametral entgegen. Dennoch beanspruchen sie die Rede vom „christlichen Abendland“ ebenso wie die von „christlichen Werten, Traditionen und Kultur“ gerne für sich und okkupieren u.a. das Kreuzsymbol.*

*Es waren keine christlichen Kreise, sondern dezidiert islam- und fremdenfeindliche, die in den vergangenen Jahren die Rede vom „christlichen Abendland“ verstärkt in Umlauf und schließlich in fast aller Munde brachten, indem sie sich absichtsvoll dieses Narrativs, dieses Begriffs und dessen, was in ihm an Assoziationen mitschwingt, bemächtigen. Der Name der sich im Oktober 2014 – zu einem Zeitpunkt, zu dem noch keine umfangreichere Aufnahme von syrischen Kriegsflüchtlingen in Deutschland absehbar war – in Dresden formierenden „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) bringt das „Abendland“ in eine Frontstellung gegen den Islam, der als „invasive“ Bedrohung („Islamisierung“) dargestellt wird. Zugleich führt der*

*Name einen sowohl auf Europa als auch auf die jeweils eigene Nation beziehbaren „Patriotismus“ mit der Idee einer europäischen Kultur- oder aber auch völkisch-rassistisch vorstellbaren Abstammungs-Gemeinschaft zusammen.*

### **1. Die Doppelstrategie: Die bürgerliche Mitte entern und die extreme Rechte vernetzen**

Dieser sprachlich-gedankliche Kniff ist wirkungsvoll und zeigt die heute im rechten Spektrum verbreitete Strategie einer doppelten Botschaft, die zur bürgerlichen Mitte anschlussfähig scheint, obwohl sie die Ideologie der extremen Rechten bedient. Während die Namensbestandteile „Europäer“, „Abendland“ und ggf. auch „patriotisch“ (etwa im Sinne eines Verfassungspatriotismus) grundsätzlich auch demokratisch gesinnte Bürger/innen hinter sich versammeln können, befinden sich die Pegida-Gründer mit ihrem Namens- und Gedankenkonstrukt zugleich konsequent in der Spur islamfeindlicher Gruppen, Medien und Kleinstparteien: so der verfassungsfeindlich-rechtsextremen „Pro-Bewegung“, dem als volksverhetzend einzustufenden Portal „Politically Incorrect“ (PI-News), der PI unterstützenden

extrem islamfeindlichen „Bürgerbewegung Pax Europa“ sowie einer europaweit vernetzten gewaltbereiten Rechtsextremen- und Hooliganszene (Bayrischer Landtag 16/6036). In Dresden gelang durch diese Strategie der doppelten Botschaft eine zunächst auch Pegida-Kritiker verunsichernde Kaschierung politischer Ziele ebenso wie die Mobilisierung vieler Demonstrierender, obwohl seitens zentraler Pegida-Organisatoren von Anfang an enge Verbindungen in das Spektrum der extremen Rechten bestanden<sup>1</sup>.

Längst hat sich Pegida zum unverhohlenen Kristallisations- und Sammlungspunkt unterschiedlicher extrem rechter, autoritärer und demokratieverachtender Milieus und Personen entwickelt, sind der Gründer sowie Redner wegen Volksverhetzung verurteilt worden, sind Gewalttaten aus dem Pegida-Umfeld heraus begangen worden, sodass von einer „Bewegung besorgter Bürger“ keine Rede sein kann.<sup>2</sup> Wer sich heute Pegida-Demonstrationen anschließt, weiß längst genau, wen er unterstützt.

<sup>1</sup> Der Pegida-Mitbegründer und ehemalige FDP-Politiker Siegfried Däbritz hatte 2014 Kontakte zur gewalttätigen Hogesa-Demonstration und deren Veranstaltern in Köln (vgl. auch DNN vom 28.11.2016: [www.dnn.de/Dresden/Lokales/Siegfried-Daebritz-will-fuer-Bundestag-kandidieren](http://www.dnn.de/Dresden/Lokales/Siegfried-Daebritz-will-fuer-Bundestag-kandidieren)). Das aus der rechtsextremen „Pro-Bewegung“ hervorgegangene, inzwischen anonym betriebene Medium PI-News unterstützt Pegida durchgängig; PI-Transparente sieht man bei Demonstrationen in vorderster Reihe bzw. auf der Rednertribüne.

<sup>2</sup> Prozess um beleidigende Aussagen von Pegida-Chef Bachmann akzeptiert Verurteilung wegen Volksverhetzung, Meldung vom 10.11.2016 auf MDR Sachsen: <https://web.archive.org/web/20161114032713/https://www.mdr.de/sachsen/dresden/prozess-wegen-volksverhetzung-gegen-pegida-chef-lutz-bachmann-wird-nicht-neu-aufgerollt-100.html>.

Dr. habil. Sonja Angelika ist Privatdozentin im Fachgebiet



Pastoraltheologie/Religionspädagogik am Fachbereich Katholische Theologie der Universität Osnabrück. Sie hat eine Gastprofessur zum Thema „Neurechtes Christentum“ an der Universität Tübingen

Pegida gelang es, zunächst die Milieugrenzen zu bürgerlichen Teilen der Gesellschaft aufzuweichen, zugleich aber die Vernetzung unterschiedlicher rechter Milieus – offen gewaltbereiter und neonazistischer mit oft kaum weniger extremen, aber bewusst bürgerlich auftretenden rechtspopulistischen und rechtsintellektuellen – voranzutreiben sowie die Schwelle von der virtuellen zur realen Welt, von rechten Internetaktivitäten zu Aktionen auf der Straße zu überschreiten. Die von Intellektuellen der extremen Rechten seit den 1960er Jahre propagierte Strategie, zuerst den sogenannten „Kampf um die Köpfe“ hinreichend vieler Menschen zu gewinnen (Gessenharter/Pfeiffer 2004), um dann sowohl die Parlamente als auch die Straße zu erobern, scheint derzeit aufzugehen.

## 2. Religiös-kulturelle Verklausulierung von Rassismus

Das Motiv des „christlichen Abendlands“ als eines übernationalen Identitätsmarkers in Frontstellung gegen einen als Bedrohung von außen dargestellten Islam dient in der extremen Rechten bereits seit über 20 Jahren zur religiösen und kulturellen Verklausulierung von Nationalismus und völkischem Rassismus. Die aus der rechtsextremen „Deutschen Liga für Volk und Heimat“

hervorgegangene, ebenfalls als rechts-extrem eingestufte „Pro-Bewegung“ (Pro-NRW; Pro-Köln/Pro-Deutschland – seit 2017/2018 z.T. aufgelöst) fokussierte bereits bei ihrer Gründung 1996 auf Islamfeindlichkeit und antimuslimischen Rassismus (Shooman 2015) als zentrale Agitationsfelder (Clemens/Puls 2014).

Bis Anfang der 1990er Jahre richteten sich rechtsextreme Gewalttaten und Hetze ebenso wie alltägliche Formen von Diskriminierung explizit gegen als „Ausländer“, „Türken“, „Asylanten“ oder „Fitschis“<sup>3</sup> bezeichnete Menschen; die Betroffenen wurden also wesentlich über die Herkunftsnationalität (ggf. ihrer Vorfahren) und ihre „nichtdeutsche Abstammung“ markiert. Ausschlaggebend für die Abwertung von Personen waren dabei nicht deren tatsächliche (ggf. deutsche) Staatsangehörigkeit, ihr gesetzlicher Aufenthaltsstatus oder ihr (ggf. deutscher) Geburtsort, sondern ihr Aussehen, das als „nichtdeutsch“ bewertet wurde; entscheidend waren also letztlich rassistische Kriterien dessen, was als „deutsch“ oder „nichtdeutsch“ bewertet wurde.

Seit Mitte der 1990er Jahre werden teilweise dieselben Menschengruppen als Angehörige einer Religionsgemeinschaft, nämlich als Muslime, angegriffen; die Begriffe „Türke“, „Araber“ und „Muslim“ werden häufig synonym verwendet. Zur Rechtfertigung der Abwertungen wird nun auf kulturelle und religiöse Kategorien zurückgegriffen, indem z. B. „kulturell-religiöse Unvereinbarkeiten“ behauptet oder der Islam als „politische Ideologie“ statt als Religion

bezeichnet wird. Wesentlich für die alltäglich geschehende Zuordnung von Personen zur abgewerteten Gruppe der „Muslime“, und damit zu deren Kennzeichnung als „fremd“ und „nicht dazugehörig“ ist allerdings nicht die tatsächliche, frei wählbare Religionszugehörigkeit, sondern es sind nach wie vor äußere Merkmale (dunkle Haar- und Augenfarbe, Name), die nichts mit Religion oder Kultur, viel aber mit alltagsrassistischen Denkkategorien innerhalb der Mehrheitsgesellschaft zu tun haben. Wissenschaftlerinnen wie Iman Attia und Yasemin Shooman sprechen aufgrund der strukturellen Parallelen zu biologistischem Rassismus auch von kulturalisiertem „antimuslimischem Rassismus“ statt von „Islam-“ oder „Muslimfeindlichkeit“ (Shooman 2015).

Diese seither im gesamten rechten Spektrum beobachtbare Verklausulierung extrem rechter Topoi ist als bewusste Verstellungsstrategie („Mimikry“) Bestandteil einer „Modernisierung“ der extremen Rechten mit dem Ziel, die gesellschaftliche Mitte zu entern (Häusler/Roeser 2014, 10). Der offenbare Erfolg dieser Strategien auf der Straße und durch die Wahlerfolge der AfD führt in jüngster Zeit vermehrt dazu, dass rechte Gruppen und Parteien dieses Deckmäntelchen scheinbarer Bürgerlichkeit wieder fallen lassen, offener Rassismus, Antisemitismus und völkischer Nationalismus wieder „sagbar“ werden, da man sich des Zuspruchs eines Teil der gesellschaftlichen Mitte sicher wähnt.

### **3. Okkupationen christlicher Symbolik durch die extreme Rechte**

Bis in gewaltbereite, an der „English Defence League“ orientierte und europaweit vernetzte Gruppen wie z. B. die

<sup>3</sup> Damals gängiges Schimpfwort im Osten Deutschlands, vor allem für Menschen aus dem ostasiatischen Raum.

„German Defence League“ hinein wird inzwischen die Rede vom „jüdisch-christlichen Abendland“ und die Selbstbeschreibung als „Bewahrer der jüdisch-christlichen, griechisch-römischen Tradition“ (Verfassungsschutzbericht 2014, 36) bemüht. Was angesichts der Geschichte europäisch-christlicher Versündigungen gegenüber europäischen Juden schon generell als unlautere Vereinnahmung des Jüdischen für das Christliche erscheint, ist umso unerträglicher, wenn es von Protagonisten der extremen Rechten für sich reklamiert und instrumentalisiert wird, um die Erfassung einer Gruppierung durch den Verfassungsschutz zu erschweren.

Beredtes Sinnbild der Okkupation christlicher Symbolik waren die im Winter 2014/15 auf Pegida-Demonstrationen getragenen selbstgebastelten schwarz-rot-gelb bemalten Styroporkreuze. Als augenfälliges Missverstehen der universell geltenden christlichen Erlösungsbotschaft wurden sie in Dresden getragen von Menschen, die sich mehrheitlich bereits in der dritten Generation nicht mehr als christlich bezeichnen, selbst Weihnachtslieder kaum mehr kennen und das Glockenläuten der Kreuzkirche am Ostertag nicht zu interpretieren wissen.

Diffiziler wirkt die Verwendung der Wirmerflagge (auch: Stauffenberg- bzw. Widerstandsflagge) auf rechten Demonstrationen aufgrund ihrer mehrfachen Symbolhaftigkeit. Die vom katholischen Zentrumsolitiker und 1944 hingerichteten Widerstandskämpfer Josef Wirmer für ein demokratisches und christlich fundiertes Deutschland nach dem 20. Juli 1944 entworfene Flagge – ein schwarz-goldenes Kreuz auf rotem Grund – wird seit Ende der 1990er Jahre,

gegen den erklärten Willen der Familie Wirmer, von der extremen Rechten für ihre Zwecke missbraucht (Schlürmann 2015, 331.341f). Mit der Wirmerflagge okkupiert die extreme Rechte sowohl die darauf abgebildete christliche Kreuzsymbolik als auch die demokratische Tradition, auf die die Flagge Bezug nimmt, und stellt sich selbst darüber hinaus explizit in die Spur eines christlich inspirierten Widerstands gegen die NS-Diktatur. Damit bezweckt sie Verschiedenes: 1.) Sie vereinnahmt das positive Ansehen des Widerstands für sich und versucht, sich selbst als „gegen die NS-Diktatur engagiert“ darzustellen, um auf diese Weise eine demokratische Grundeinstellung vorzuschützen und Bevölkerung, Verfassungsschutz und Politik über die eigenen politischen Ziele zu täuschen. 2.) Sie versucht, ihre Kritiker/innen ins Unrecht zu setzen und als Anti-Demokrat/innen darzustellen (denn: wer Träger der Wirmerflagge kritisiere, wende sich damit zugleich gegen den Widerstand des 20. Juli und stünde somit der NS-Diktatur nahe). 3.) Sie deutet die menschenrechtsbasierte rechtsstaatliche Demokratie der Bundesrepublik Deutschland als Diktatur, der – wie seinerzeit im Nationalsozialismus – tätlicher Widerstand entgegengesetzt werden müsse. Wohl als eine der ersten rechtsextremen Gruppen verwendete das vom Reichsbürgergründer und Holocaustleugner Horst Mahler mitgegründete „Deutsche Kolleg“ die Wirmerflagge als Symbol des von ihm angestrebten „Vierten Reichs“. Auf seiner Website mit der sprechenden Adresse „brd-ende.com“ heißt es: „Die BRD als bloßes Negativ und Wachkoma des Dritten Reiches ist auf Ewigkeit gestellt, um das Deutsche Volk und die germanische Freiheit

aus der Welt zu schaffen. Die BRD muß deshalb mit dem Vierten Reich beendet werden.“ Auch überall dort, wo Wirmerflaggen schwenkende Demonstrant/innen Schilder mit der Aufschrift „Art. 20.4 GG“ tragen und zum dort gebotenen Widerstand gegen einen Umsturz der Demokratie auffordern, wird tatsächlich der demokratischen Rechtsstaat der Bundesrepublik als „Merkeldiktatur“ verunglimpft und unverhüllt dem Umsturz unserer Demokratie das Wort geredet.

Ein drittes Beispiel der Okkupation der Kreuzessymbolik durch Protagonisten der extremen Rechten, das Aufstellen von Kreuzen auf Baugeländen von Moscheegemeinden, zielt auf die Verletzung religiöser Gefühle von Muslimen, wenngleich diese mit Gelassenheit reagieren und die rechten Provokationen sehr wohl von religiös-christlichen Statements unterscheiden. Im Februar 2018 stellten Mitglieder der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ 26 weiße Friedhofskreuze auf dem Baugelände der Regensburger Moschee auf. Sie folgten damit auf rechten Internetseiten propagierten Beispielen aus anderen Regionen. Besonders schwer trifft es die Erfurter Ahmaddiyya-Gemeinde, die im Stadtteil Marbach einen Moscheebau plant. Mehrmals wurden im Frühjahr 2017 von Aktivisten der rechten „1% Bewegung“<sup>4</sup> 10 m hohe Holzkreuze auf

ihrem Grundstück aufgebaut (Bernhard 2017). Später fanden die Gemeindeglieder aufgespießte Schweineköpfe (Zeit 2017) auf dem Gelände, was einmal mehr zeigt, dass es hier keinesfalls um ein (wenn auch fehlgeleitetes) christliches Bekenntnis, sondern um blanken Hass geht. Auch im September 2018 werden Gemeinde und Stadtteil weiterhin bedroht, nun von verummten rechten Demonstranten (Thüringen 24).

Während die protestantische Bischöfin Ilse Junkermann, der katholische Bischof Ulrich Neymeyr den Missbrauch des Kreuzes kritisieren, der Ortpfarrer Ricklef Münnich unter Hinweis auf die Verletzung des zweiten Gebots „Du sollst den Namen des Herrn, deines Gottes, nicht missbrauchen“, reklamieren die Rechten für sich, die „christlichen Werte“ zu verteidigen (Bernhard 2017). Pfarrer Münnich resümiert dazu: „Also, es geht um Deutungshoheit, und es geht darum: Wer bestimmt die politische Agenda?“ (Münnich, zitiert in: Bernhard 2017).

#### 4. Neurechte Argumentationsmuster unter Christ/innen

Die bisher genannten Beispiele zeigen Strategien der Vereinnahmung und Instrumentalisierung christlicher Symbolik und der Rede vom „christlichen Abendland“ durch sich explizit politisch verstehende Akteure aus dem zumeist extrem rechten Spektrum. Ihr Ziel, Anschluss an bürgerliche der Gesellschaft zu finden, erreichen sie zwar stärker, aber nicht ausschließlich nur in kirchenfernen Milieus. Längst gibt es eine Schnittmenge von Protagonisten und Protagonistinnen, die sich christlich verstehen und zugleich politisch neu-rechts agieren, etwa explizit die AfD un-

<sup>4</sup> Hinter dem Namen „Ein Prozent für unser Land“ verbirgt sich ein Kampagnennetzwerk von Protagonisten der vom Verfassungsschutz beobachteten „Identitären Bewegung“ gemeinsam mit dem neurechten Ideologen Götz Kubitschek („Institut für Staatspolitik“), dem Herausgeber des Querfront-Magazins „Compact“, Jürgen Elsässer, und dem Vorsitzenden der völkischen „Patriotischen Plattform“ der AfD, Hans-Thomas Tillschneider (Brinker 2016).

terstützen oder regelmäßig für einschlägige Medien des rechten Spektrums schreiben; ebenso gibt es sich christlich oder auch katholisch verstehende Medien, die ihrer Leserschaft bewusst und aus eigenem Antrieb Brücken ins Spektrum rechter Parteien und Medien bauen (Strube 2014).

Analysen politisch rechts verorteter, sich christlich verstehender Medien wie etwa die private Internetseite „kath.net“ geben Aufschluss über die dort vertretenen Positionen (zum Folgendem: Strube 2017). Die Behauptung eines „Kampfes der Kulturen“, einer Frontstellung „des Islams“ gegen „das Christentum“ und „das christliche Abendland“ findet sich in rechtschristlichen Kreisen und Medien genauso wie in politisch rechten Medien, ebenso wie Desinformationen und schließlich die Behauptung, es handle sich nicht um eine Religion, sondern um eine politische Ideologie. Dem Islam sowie vielen Muslimen wird in Artikel wie Leserkommentaren generell Gewaltaffinität unterstellt. Die Problematik von Christenverfolgungen weltweit wird in den Dienst antimuslimischer Argumentation gestellt, bisweilen im Schlußschluss mit fragwürdigen rechten Medien wie „Junge Freiheit“, „Freie Welt“ und „eigentümlich frei“, im Falle des „Arbeitskreises Religionsfreiheit“ der Deutschen Evangelischen Allianz zeitweise gar mit „Pro Köln“, dem anonymen Blog „koptisch.wordpress.com“ und unter positiven Verweisen auf Protagonisten der

„English Defence League“ (Strube 2015).

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass dem Begriff „Islamisierung“ gerade auch in rechtschristlichen Kreisen selbstverständlich der inten-

dierte Beigeschmack von aggressiver Bedrohung, Überwältigung, Unterwerfung und Kolonialisierung anhängt, während zugleich der grammatisch parallel gebildete Begriff „Christianisierung“ unumwunden positiv gewertet und mit der Aufforderung zu einem möglichst offensiven Einsatz für die Missionierung aller Menschen weltweit verbunden wird.

Rechte Christ/innen, zumal Katholik/innen, befinden sich freilich in einer besonderen Zwickmühle der religiösen und moralischen Begründbarkeit, wenn sie Menschen als vermeintlich „Andere“ und „Fremde“ aussondern wollen, denn die biblischen Gebote der Nächsten- und Fremdenliebe (Levitikus 19,18.33f) ebenso wie der Glaube an die Gottebenbildlichkeit ausnahmslos jedes Menschen fordern unmissverständlich dazu auf, jedem Menschen mit Respekt und auf Augenhöhe zu begegnen. Sie lassen ein „Othering“, ein „Zu-Anderen-Machen“ von Menschen eigentlich nicht zu. Katholischerseits bringt dies die Konzilsklärung „Nostra aetate“ theologisch auf den Punkt: „Wir können aber Gott, den Vater aller, nicht anrufen, wenn wir irgendwelchen Menschen, die ja nach dem Ebenbild Gottes geschaffen sind, die brüderliche Haltung verweigern. [...] So wird also jeder Theorie oder Praxis das Fundament entzogen, die zwischen Mensch und Mensch, zwischen Volk und Volk bezüglich der Menschenwürde und der daraus fließenden Rechte einen Unterschied macht. Deshalb verwirft die Kirche jede Diskriminierung eines Menschen oder jeden Gewaltakt gegen ihn um seiner Rasse oder Farbe, seines Standes oder seiner Religion willen, weil dies dem Geist Christi widerspricht“ (NA 5).

Zu beobachten ist daher in rechtschristlichen Medien bisweilen der Versuch, das biblische Gebot der Nächstenliebe auf einen familiär-nachbarschaftlichen und regional-nationalen Nahr-raum zu begrenzen (wie es die FPÖ bereits vor Jahren in ihrer Wahlwerbung tat), die in Lev 19,33f bereits formulierte Entgrenzung des Gebots zu verschweigen und - entgegen Lev 19,33f ebenso wie Lk 10,25-37 - Angehörige anderer Kulturkreise und Religionen auszuschließen.<sup>5</sup> „Nächstenliebe muss selektiv sein“<sup>6</sup> lautet denn auch der Titel eines kath.net-Kommentars, der viele inhaltlich gleichlautende kath.net-Artikel auf den Punkt bringt, die jeden Universalismus ins Ideelle verbannen und letztlich jede an universalen Menschenrechten orientierte Tat als naiv zu bewerten suchen. Sehr viel mehr Raum als religiös-moralische Umdeutungsversuche nehmen auf kath.net und ähnlichen Medien allerdings Artikel ein, die christlich-solidarisches Engagement diskreditieren, etwa als „naives Gutmenschentum“, pathologisches Helfersyndrom, undemokratische „Diktatur des Guten“ usw. Auf diese Weise entledigen sich die betreffenden rechtschristlichen Medien und Gläubigen der Verlegenheit, biblisch und christlich fundierte Argumente für national, abstammungsmäßig, kulturell oder religiös eingeschränkte, ausdrücklich nicht-universale Solidari-

tät suchen zu müssen und schwerlich finden zu können.

## 5. Als Christ/innen und als Kirchen anders agieren

Während es mit Blick auf die Okkupation christlicher Symbolik und der Rede von christlichen Werten, christlicher Kultur und christlichem Abendland durch eine offensichtlich nicht-christliche Rechte vor allem darum geht, deren Rhetoriken, Verstellungs- und Manipulationsstrategien zu erkennen, zu entlarven und sich als Gläubige, Gemeinden und Kirchen klar dagegen abzugrenzen, gilt es mit rechten Christen zu streiten. Hier bedarf es nicht nur guter theologischer Argumentationen (s.o. NA 5), vor allem mit der Glaubensüberzeugung der Gottebenbildlichkeit ausnahmslos aller Menschen, die eine dezidierte Absage an rechte Ideologien der Ungleichwertigkeit sind, sondern auch der Bereitschaft zu echtem Konflikt, zu klarem, unmissverständlichem und u. U. kompromisslosem Widerspruch gegen unlautere Verallgemeinerungen, menschenfeindliche Äußerungen, Desinformationen über Muslime und den Islam etc. (Strube 2018).

So wichtig es ist, kirchlicherseits die aktuellen neurechten Okkupationen der Rede vom „christliches Abendland“ zu kontern und als Rhetoriken einer unchristlichen Ideologie zu entlarven, so wenig hilfreich erscheint mir das Narrativ des „christlichen Abendlandes“ an sich, um die christliche Perspektive positiv zu fassen. Der Glaubensüberzeugung der Gottebenbildlichkeit aller Menschen gemäßer erscheint mir spontan das Bild der einen „Menschheitsfamilie“, die allerdings sehr wohl von Pluralität und Heterogenität geprägt und si-

<sup>5</sup> Teilweise wird das Gebot der Nächstenliebe in Verbindung mit dem Gleichnis vom Barmherzigen Samariter auch dahingehend gedeutet, dass es Hilfsbedürftige zu Dankbarkeit und Liebe gegen ihre Helfer (= Nächsten) verpflichtet.

<sup>6</sup> Kommentar von Markus Franz am 3.4.2018 auf: [www.kath.net/news/63320](http://www.kath.net/news/63320) (zuletzt eingesehen am 1.11.2018).

cherlich nicht einfach harmonisch oder gar in ihren Grundauffassungen homogenisiert vorzustellen wäre. Der universalen Perspektive von Gottebenbildlichkeit und Nächstenliebe gemäß, oder säkular gesprochen: der Anerkennung der allgemeinen und unveräußerlichen Menschenrechte gemäß ginge es gerade für die katholische Kirche als „Global Player“ darum, den Gedanken eines „Weltgemeinwohls“ und einer „Weltinnenpolitik“ (Fisch u.a. 2018, 444-450) weiterzuentwickeln.

## Literatur

Bayerischer Landtag 16. Wahlperiode Drucksache 16/6036, auf:

[www.bayern.landtag.de/www/ElanText-Ablage\\_WP16/Drucksachen/Schriftliche%20Anfragen/16\\_0006036.pdf](http://www.bayern.landtag.de/www/ElanText-Ablage_WP16/Drucksachen/Schriftliche%20Anfragen/16_0006036.pdf)

Bernhard, Henry (2017): Moscheebau in Erfurt: Auf dem Holzweg, Artikel vom 28.03.2017 auf: [www.deutschlandfunk.de/moscheebau-in-erfurt-auf-dem-holzweg.886.de.html?dram:article\\_id=382331](http://www.deutschlandfunk.de/moscheebau-in-erfurt-auf-dem-holzweg.886.de.html?dram:article_id=382331).

Brinker, Trude (2016): „Ein Prozent für unser Land“ – NGO der Neuen Rechten auf: Amadeu Antonio Stiftung, BellTower: <http://www.belltower.news/artikel/ein-prozent-f%C3%BCr-unser-land-%E2%80%93-ngo-der-neuen-rechten-11046>.

Clemens, Dominik, Plus, Hendrik (Hg.) (2014): 33 Fragen und Antworten zu Pro Köln/Pro NRW. Entwicklung, Ideologie und Strategien einer vermeintlichen Bürgerbewegung, Köln.

Fisch, Andreas, Ueberbach, Myriam, Patenge Prisca, Ritter, Dominik (Hg.) (2018): Flucht – Zusammenleben – Zugehörigkeit? Kontroversen der Migrations- und Integrationspolitik interdisziplinär beleuchtet, Münster, 2. Aufl.

Gessenharter, Wolfgang, Pfeiffer, Thomas (Hg.) (2004): Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie? Wiesbaden.

Häusler, Alexander, Roeser, Rainer (2014): Rechtspopulismus in Europa und die rechtspopulistische Lücke in Deutschland, Erfurt.

Scherr, Uli (2018): Regensburg. Kreuze auf Moschee-Gelände: Identitäre Bewegung bekannt sich zur Aktion 14.2.2018 auf: [www.br.de/nachricht/oberpfalz/inhalt/kreuze-auf-](http://www.br.de/nachricht/oberpfalz/inhalt/kreuze-auf)

[moschee-gelaende-identitaere-bewegung-bekannt-sich-zur-aktion-100.html](http://moschee-gelaende-identitaere-bewegung-bekannt-sich-zur-aktion-100.html).

Shooman, Yasemin (2015): Das Zusammenspiel von Kultur, Religion, Ethnizität und Geschlecht im antimuslimischen Rassismus, in: Strube, Sonja Angelika (Hg.): Rechtsextremismus als Herausforderung für die Theologie, Freiburg i.B., 196-208.

Schlürmann, Jan (2015): Die „Wirmer-Flagge“ – die wechselhafte Geschichte eines vergessenen Symbols der deutschen Christlichen Demokratie, in: Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik 22 (2015), 331–342.

Strube, Sonja Angelika (2014): Rechtsextremismus als Forschungsthema der Theologie? Aktuelle Studien und eine kritische Revision traditionalismusaffiner Theologien und Frömmigkeitsstile, in: Theologische Revue 3/2014, 179-194.

Strube, Sonja Angelika (2015): Der (ausgefallene) „Shitstorm“ oder: Warum man auch bodenlosen Falschaussagen im Internet widersprechen sollte, in: Bechmann, Ulrike, Bucher Rainer, Krockauer, Rainer, Pock, Johann (Hg.): Abfall. Theologisch-kritische Reflexionen über Müll, Entsorgung und Verschwendung, Münster, 251-272.

Strube, Sonja Angelika (2017): Abwehrhaltungen statt Willkommenskultur? Rechtspopulistische Argumentationsstrukturen gegen die Aufnahme Geflüchteter in rechtschristlichen Medien, in: Marianne Heimbach-Steins (Hg.): Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften, Bd. 58, 45-56.

Strube, Sonja Angelika (2018): Zwischen Einfühlungsvermögen und Konfliktfähigkeit: Gesprächsräume eröffnen in Zeiten erstarkenden Rechtspopulismus, in: Lebendige Seelsorge 6/2018 (im Erscheinen).

Thüringen 24 (2018): Anti-Moschee-Protest in Erfurt: „Eine neue Qualität der Bedrohung“ - Reaktionen der Politik, Artikel vom 03.09.2018 auf:

[www.thueringen24.de/erfurt/article215240471/Anti-Moschee-Aufzug-in-Erfurt-Eine-neue-Qualitaet-der-Bedrohung.html](http://www.thueringen24.de/erfurt/article215240471/Anti-Moschee-Aufzug-in-Erfurt-Eine-neue-Qualitaet-der-Bedrohung.html).

Verfassungsschutzbericht 2014, hg. vom Senator für Inneres und Sport, Freie Hansestadt Bremen, Bremern 2015.

Zeit (2017): Rechtsextremismus: Schweineköpfe an Erfurter Moschee-Bauplatz aufgespießt, Artikel vom 30.05.2017 auf: [www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-05/rechtsextremismus-erfurt-moschee-schweinekoepfe-schaendung](http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-05/rechtsextremismus-erfurt-moschee-schweinekoepfe-schaendung).